Stand: 17.11.2026 03:12:10

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/4174

"Bildungsangebote für alle Flüchtlinge ausbauen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/4174 vom 11.11.2014
2. Beschluss des Plenums 17/4222 vom 12.11.2014
3. Plenarprotokoll Nr. 29 vom 12.11.2014

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 11.11.2014 **Drucksache 17/4174**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Margit Wild, Angelika Weikert, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen, Martin Güll, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger** und **Fraktion (SPD)**

Bildungsangebote für alle Flüchtlinge ausbauen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein ausreichendes Bildungsangebot für alle unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, Flüchtlinge und Asylsuchende, die sich im Freistaat aufhalten, zu schaffen.

Die Staatsregierung sorgt dafür, dass allen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, Flüchtlingen und Asylsuchenden je nach Bedarf und dezentral folgende Bildungsangebote offenstehen:

- der Besuch einer Kindertagesstätte
- ein Platz in einer Übergangsklasse
- die Integration in einer Regelklasse vor Ort an allen Schularten
- eine Ausbildung an einer Berufsfachschule
- die unbürokratische Aufnahme und Beendigung einer betrieblichen Ausbildung
- der Besuch eines Alphabetisierungskurses
- die Teilnahme an einem Integrationskurs
- der Besuch eines Sprachkurses.

Die Staatsregierung wird darüber hinaus aufgefordert, die Pädagoginnen und Pädagogen in den Bildungseinrichtungen für den Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern fit zu machen und die Rahmenbedingungen für einen angemessenen Umgang mit der Situation von Flüchtlingskindern mit Familien sowie von unbegleiteten Kindern zu verbessern.

Begründung:

Bildungsangebote sind der Schlüssel zu einer gelungenen Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Es geht nicht nur darum, die Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, menschenwürdig unterzubringen. Sie sollten auch die Chance erhalten, sich weiterzuentwickeln und in die Gesellschaft zu integrieren. Dies ist nur durch ausreichende Bildung möglich. Dies gilt von der frühkindlichen Bildung bis hin zur Erwachsenenbildung. Auch für den Freistaat ist es wichtig, das Potenzial der Menschen, die zu uns kommen, zu entwickeln. Nicht von ungefähr kommt die Forderung der Handwerkskammern, jungen Asylsuchenden und Flüchtlingen die Durchführung einer betrieblichen Ausbildung zu erleichtern. Denn der Freistaat kann von den oftmals hochengagierten und talentierten Menschen nur profitieren.

Darüber hinaus gilt die allgemeine Schulpflicht bis zum Ende des neunten Schuljahrs auch für alle minderjährigen Flüchtlinge und Asylsuchende, zuzüglich der Berufsschulpflicht bzw. -berechtigung, die bis zum vollendeten 21. Lebensjahr gilt. Der Freistaat ist in der Verantwortung, für ein Schulangebot zu sorgen, das auch dieser Personengruppe die Erfüllung der Schulpflicht ermöglicht. Für diesen Zweck ist auch verstärkt das Angebot von Übergangsklassen an Berufsschulen, beispielsweise nach dem Nürnberger Modell, auszubauen.

Für eine gelungene Integration und die Realisierung einer Willkommenskultur muss der Aspekt der Bildung stärker in den Mittelpunkt der asyl- und flüchtlingspolitischen Maßnahmen und der Beratung des Personenkreises gestellt werden. Gleichzeitig dürfen die Bildungseinrichtungen nicht mit dieser Aufgabe allein gelassen werden. Gerade in Anbetracht der steigenden Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen in Deutschland ist es nötig Maßnahmen zu ergreifen, die vor allem Pädagoginnen und Pädagogen auf den angemessenen Umgang mit traumatisierten Flüchtlingskindern vorbereiten. Kindliche Traumata treten oft in Form von Intrusionen und Re-Traumatisierungen unkontrolliert zu Tage und können somit die ganze Klassengemeinschaft belasten. Deshalb ist es unerlässlich, dass Pädagogen eine trauma-therapeutische Ausbildung erhalten, um für die gesunde Entwicklung der Flüchtlingskinder sowie von deren Mitschüler sorgen zu können. Damit die ergriffenen pädagogischen Maßnahmen auch innerhalb der Familien nicht ins Leere laufen, muss gleichermaßen für konkrete Angebote außerhalb des Schulalltags gesorgt werden, in denen auch auf die Bedürfnisse der Angehörigen reagiert wird. Daneben müssen die Fort- und Weiterbildungsangebote auch in den Bereichen „Deutsch als Zweitsprache“ und interkulturelle Bildung verbessert werden. Bereits in die Ausbildung von pädagogisch Tätigen sollen diese Bereiche stärker integriert werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 12.11.2014 **Drucksache 17/4222**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Margit Wild, Angelika Weikert, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen, Martin Güll, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger** und **Fraktion (SPD)**
Drs. 17/**4174**

Bildungsangebote für alle Flüchtlinge ausbauen

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Inge Aures
II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote
Abg. Margit Wild
Dritter Vizepräsident Peter Meyer
Abg. Christine Kamm
Abg. Joachim Hanisch
Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler
Staatssekretär Georg Eisenreich

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe deshalb nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Margit Wild, Angelika Weikert u. a. und Fraktion (SPD)
Bildungsangebote für alle Flüchtlinge ausbauen (Drs. 17/4174)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Integration von Flüchtlingen und Asylbewerberinnen bzw. -bewerbern - eine bildungspolitische Daueraufgabe (Drs. 17/4187)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bildungs-Notprogramm für alle Flüchtlinge auf den Weg bringen (Drs. 17/4188)

Die erste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Wild. Bitte schön, Frau Wild.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem es in der vergangenen Debatte kaum Konsens gegeben hat, versuche ich, Formulierungen zu finden, die zu einem Konsens führen könnten. Ich glaube, ich bekomme eine breite Zustimmung, wenn ich sage, dass Erziehungs-, Bildungs- und Qualifikationssysteme für den langfristigen Erfolg in der gesellschaftlichen Integration eine entscheidende Rolle spielen. Sicher erreiche ich dafür Konsens. Mit Sicherheit besteht Konsens darüber, dass der schnelle und gründliche Erwerb von Sprache außerordentlich wichtig ist und eine Schlüsselqualifikation darstellt. Dafür werde ich auch Ihre Zustimmung bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Zumindest vernehme ich keinen Zwischenruf, keine Unruhe oder emotionale Erregung. Ich fahre fort und versuche, einen weiteren Konsens herbeizuführen. Als Konsequenz aus den Formulierungen, die ich gerade vorgetragen habe, stelle ich die Forderung, der Verantwortung gegenüber den Menschen, die in allerhöchster Not und Verzweiflung zu uns flüchten und vielfach Grausamstes erlebt haben, gerecht zu werden.

(Unruhe)

Es ist eine wahnsinnige Unruhe und ein unheimliches Gemurmel im Plenarsaal. Tut mir leid.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Frau Kollegin, das stimmt! Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, die Gespräche draußen zu führen. Das gilt sowohl für diejenigen, die vorne stehen, als auch für diejenigen, die hinten stehen. Es ist tatsächlich sehr laut und schwierig für die Rednerin, durch die Gespräche durchzudringen. Ich bitte Sie alle, sich für den verbleibenden Abend noch zu konzentrieren – umso schneller sind wir fertig.

Margit Wild (SPD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich sage es einfach noch einmal. Es ist unheimlich wichtig, dass wir der Verantwortung gegenüber den Menschen, die in allerhöchster Not und Verzweiflung zu uns flüchten, die Grausamstes erlebt haben, schwer traumatisiert und depressiv sind und sich vielfach mit Selbstmordgedanken beschäftigen, gerecht werden. Ich will Sie mitnehmen, wenn ich weiter formuliere: Diesen jungen Menschen, die zu uns kommen, die schulpflichtig sind und das Recht auf einen Kindertagesstättenplatz haben, müssen wir neben der menschenwürdigen Unterbringung, der Versorgung mit Essen und Trinken und der medizinischen Versorgung ebenfalls ausreichend, rasch und qualifiziert Bildungsmöglichkeiten zukommen lassen.

Damit meine ich das Recht von Kindern – das habe ich eben schon einmal angesprochen -, eine Kindertagesstätte zu besuchen. Dort sollen sie von ausgebildeten und gut qualifizierten Pädagogen eine gute Unterstützung und Förderung erhalten. Die Eltern-

arbeit ist auch nicht zu vernachlässigen. Eltern, die die deutsche Sprache nicht beherrschen, haben ein Recht darauf, in Form von einfachen Informationsblättern zu erfahren, was passiert. Ihnen soll Hilfe angeboten werden. Die Kindertagesstätten brauchen Dolmetscher.

Die Beschulung in den Übergangsklassen spielt eine wahnsinnig wichtige Rolle. Die Zahl der Übergangsklassen hat rasant zugenommen. Vor drei oder vier Jahren hatten wir noch 60 Übergangsklassen. Aktuell verfügen wir über circa 309 Übergangsklassen. Diese reichen nicht aus und werden nicht ausreichen. Wir können denjenigen Schülerinnen und Schülern nicht gerecht werden, die nicht das Glück haben, in einer größeren Stadt zu wohnen, sondern möglicherweise auf dem flachen Land untergebracht werden. In diesem Fall werden sie in einfache Regelklassen gesteckt und haben große Mühe, dem Unterricht zu folgen, wenn das überhaupt möglich ist.

Hilfe und Unterstützung sollte auch denjenigen zukommen, die in eine berufliche Schule gehen müssen. Sie haben ein Recht auf Unterstützung und Betreuung, was den Ausbildungsplatz betrifft. Von den differenzierten Sprachförderangeboten, den Sprachkursen oder Alphabetisierungskursen will ich an dieser Stelle gar nicht reden.

Die Herausforderungen für die Pädagoginnen und Pädagogen kann ich nur ganz grob anreißen. Was bedeutet das für die Pädagoginnen und Pädagogen vor Ort? Das ist eine gewaltige Herausforderung, vor der sie stehen. Das liegt vor allem an der wahnsinnig großen Heterogenität. In den Klassen und Gruppen sitzen kognitiv sehr fitte Kinder und Jugendliche neben Analphabeten, solchen Kindern und Jugendlichen, die kaum eine Schule gesehen haben. Dort sitzen Kinder und Jugendliche aus unseren europäischen Nachbarländern neben Kindern aus Kriegsgebieten, die ganz Schreckliches erlebt haben.

Angesichts der Zeitungsberichte der letzten Tage oder Wochen muss ich ein dickes Lob an unsere Medien aussprechen, die sich die Mühe gemacht haben, die Pädagogen zum Beispiel in den Übergangsklassen zu begleiten und sich ein Bild vor Ort zu

machen. Die erwähnten und zitierten Lehrkräfte, die Frauen und Männer, arbeiten sehr engagiert und kommen dieser schweren Aufgabe nach. Das sind weitaus mehr. Nicht alle werden in den Berichten genannt.

Man muss jedoch konstatieren, dass dem Ganzen Grenzen gesetzt sind. Trotz aller Empathie und trotz aller Geduld wird es oftmals nicht gelingen, diesen Kindern und Jugendlichen gerecht zu werden. Das hat viele verschiedene Gründe. Es ist eine absolut vordringliche und notwendige Aufgabe, unsere Bildungseinrichtungen, egal auf welcher Ebene, ob es sich um Kindertagesstätten, Schulen oder berufliche Schulen handelt, zu unterstützen. Dort wird Professionalität benötigt, vor allem hinsichtlich der Krisenbewältigung. Eben habe ich die Traumatisierung der Kinder und Jugendlichen erwähnt. Man muss wissen, wie man damit umgeht. Man muss über Wissen verfügen; Sensibilität allein reicht hierfür nicht aus. Unsere Pädagoginnen und Pädagogen sind dafür nicht geschult. Das muss kein wochenlanger Kurs sein. Eine Fachfrau hat mir gesagt, dass ein Vormittagskurs, der in die Thematik einführt und Hilfestellungen vermittelt, wie man reagieren oder möglicherweise nicht reagieren sollte, oft ausreicht. Das ist außerordentlich wichtig.

Ich bin der Meinung, es wäre von großer Bedeutung, die bürokratischen Hürden und die hohen Standards genau anzusehen. Man sollte flexibel und manchmal auch unkonventionell reagieren. Die SPD hat immer wieder gefordert, Deutsch als Zweitsprache endlich fest in der Lehrerausbildung zu verankern.

(Beifall bei der SPD)

Derzeit haben wir lediglich 450 Lehrkräfte, die über diese Ausbildung verfügen. Es gibt immer noch Übergangsklassen mit weit über 20 Schülerinnen und Schülern, obwohl der Schnitt bei 16 liegt. Selbst wenn vorgesehen ist, während des Schuljahres weitere Übergangsklassen zu errichten, passiert das oft überhaupt nicht. Wir müssen rasch handeln. Wir brauchen weitere Übergangsklassen. Wir brauchen sie überall und nicht nur in den größeren Städten.

Im Sinne der Unterstützung aller Kinder, die sich in den Übergangsklassen befinden, ist es mir wichtig, eine Zweitkraft hineinzunehmen. Auf diese Weise kann man besser und stärker fördern, um die Probleme zu bewältigen. Wir müssen nicht bei null anfangen. Das werden Sie mir wahrscheinlich entgegenhalten. Ich weiß um die Vorkurse in Deutsch. Ich weiß um die Sprachförderung. Ich weiß um die Sprachkurse. Ich weiß um Alphabetisierungskurse. Das ist jedoch angesichts der aktuellen Situation zu wenig. Es werden noch mehr Kinder und Jugendliche zu uns kommen. Die Prognosen sprechen dafür. Wir müssen jetzt und schnell reagieren.

Ich meine manchmal, dass es bei uns im Ministerium schon Konzepte gibt. Aber man muss auch festhalten dürfen, dass es da einfach noch Schwachstellen gibt und viel zu lange dauert, bis etwas geschieht. Diese Schwachstellen - ich bezeichne sie jetzt einmal flott als Schwachstellen - werden aber auf den unteren Ebenen, in den Kommunen oder in den kleinen Gemeinden unheimlich gut kompensiert. Ich sehe, was dort an ehrenamtlichem Engagement geschieht, dass sich Frauen einsetzen, Hilfestellung geben und sich kümmern, damit das Kind nicht 20 km weit in eine Regelklasse gefahren wird, sondern doch noch in eine Übergangsklasse aufgenommen wird.

Last but not least, das muss ich ganz einfach sagen, und darauf bin ich unheimlich stolz: Man kann nämlich schon Forderungen erheben. Man kann aber auf der anderen Seite auch handeln. Genau das hat jetzt zum Beispiel der BLLV getan, indem er pensionierte Lehrkräfte motiviert hat, sich zu engagieren. Gestern ist in Regensburg ein Modell vorgestellt worden. Ich hoffe, das Beispiel findet Nachahmer. Ich kann nur dazu raten, das als gutes Beispiel zu nehmen. Es gibt sehr viel Engagement.

Zusammenfassend muss man aber festhalten: Es ist eine Riesenherausforderung, eine Riesenanstrengung, die es zu bewältigen gilt. Wenn wir rechtzeitig darauf reagieren können, ist es eine Riesenchance für uns alle, für die Schülerinnen und Schüler, für die Lehrkräfte, für alle, die kommen. Ich sage jetzt ganz herzlichen Dank. Ich habe den Fingerzeig mit der Uhr verstanden. Ich habe meine Rede schnell zu Ende ge-

bracht. Lasst uns zu Potte kommen, Geld in die Hand nehmen und das auf den Weg bringen, was ich eben vorgeschlagen habe.

Nicht zuletzt möchte ich auch noch festhalten, dass die beiden Anträge von den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN die Zustimmung der SPD finden.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Wild. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Kollegin Kamm. – Bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es steht sehr gut um das ehrenamtliche und freiwillige Engagement für Flüchtlinge in Bayern. Allen ehrenamtlichen Betreuerinnen, Sprachpaten, Hausaufgabenhelfern und pensionierten Lehrerinnen und Lehrern sowie Studentinnen und Studenten, die so gut wie sie können beim Sprach- und Bildungserwerb helfen, sage ich einen ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist ihnen wichtig, den jungen, traumatisierten und schutzbedürftigen Menschen zu helfen, eine Ausbildung oder Schulbildung zu bekommen, mit der sie später ein selbstverantwortliches Leben führen können und entweder hier bei uns oder auch in ihrem Heimatland etwas aufbauen und gestalten können. Viele helfen, wo sie nur können. Doch sie kommen an ihre Grenzen, wenn die notwendigen professionellen Angebote fehlen oder nicht ausreichend ausgebaut sind.

Woran fehlt es bei uns? – Es wurde schon gesagt: Die Übergangsklassen sind oft zu voll. Sie werden in der Regel auch nicht bedarfsgerecht gebildet. Flüchtlinge kommen nicht zum Stichtag, sondern einfach irgendwann. Es mangelt hier an ausreichender Flexibilität, um während des Schuljahres zusätzliche Klassen zu bilden und die Lehrerinnen und Lehrer nicht aus der Krankheitsreserve oder sonst woher nehmen zu müssen. Wir brauchen in diesen Klassen zusätzliches Personal. Es kann nicht sein, dass

eine Pädagogin oder ein Pädagoge mit 17 Kindern unterschiedlichster Fähigkeit und unterschiedlichster Sprache arbeitet, ohne wenigstens einige zusätzliche Zweitlehrerstunden in dieser Klasse zu haben und dabei ohne die Hilfe von Schulsozialarbeitern und ohne Schulpsychologen auskommen zu müssen. Wir brauchen dringend eine bessere professionelle Ausstattung an den Schulen. Lehrerinnen und Ehrenamtliche fühlen sich gleichermaßen allein gelassen.

Ich möchte auch die Thematik Regelklassen kurz ansprechen. Wir haben gerade bei den dezentralen Einrichtungen viele Schulen, die nur von wenigen Flüchtlingskindern besucht werden. Hier kann man keine eigenen Übergangsklassen bilden, außer wenn man die Kinder sehr weit durch die Gegend fahren würde. Aber auch hier wäre eine zusätzliche Unterstützung in den jeweiligen Klassen erforderlich, damit die Kinder einen guten Start haben und gut gefördert werden können.

Leider weiß das Ministerium derzeit nicht einmal, wie viele Flüchtlingskinder wo unterrichtet werden. Es weiß noch weniger, wie viele eigentlich berufsschulpflichtige Jugendliche in Bayern leben, die überhaupt kein Berufsschulangebot haben. Wir haben Berufsschulpflicht, aber ungefähr die Hälfte der jugendlichen Flüchtlinge kann kein solches Angebot erhalten, weil ein solches nicht zur Verfügung gestellt wird. Es ist dringend erforderlich, hier die Mittelausstattung an den Schulen anzuheben, um ein ausreichendes Angebot zu schaffen. Es ist uns möglich, diese Aufgabe zu bewältigen. Wir haben allein in Oberbayern 10.000 unbesetzte Ausbildungsstellen. 3.000 junge, allein reisende Flüchtlinge sind dieses Jahr zu uns gekommen. Das Beste, was wir für sie tun können, ist, dafür zu sorgen, dass sie eine Schulbildung oder Ausbildung bekommen, um dann ihr Leben entweder hier zu meistern oder in ihren Heimatländern beim Aufbau helfen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich meine, wir sollten all diesen Jugendlichen eine Ausbildungschance geben und die Möglichkeit, sich in ihrem Beruf zumindest zwei Jahre lang hier zu bewähren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir befinden uns momentan mitten in den Haushaltsberatungen. Eine Verbesserung des Unterrichtsangebots für Flüchtlinge und Asylbewerber sollte unserer Meinung nach mit mindestens 10 Millionen Euro ausgestattet werden. Diese Mittel sollten in den aktuellen Haushalt eingestellt werden, damit die vor uns liegenden Aufgaben sachgerecht bewältigt werden können. Ich denke, wir sollten dies miteinander tun, weil wir ansonsten keine schönen Sonntagsreden zu halten und zu sagen brauchen, wir wollen Fluchtursachen bekämpfen. Stattdessen sollten wir unseren Beitrag zur Entwicklung leisten. Schulbildung ist ein guter Beitrag, den wir leisten können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Kamm. – Für die FREIE WÄHLER-Fraktion kommt Herr Kollege Hanisch. – Bitte sehr.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns in einem einig: Man braucht Sprachkenntnisse, um sich miteinander unterhalten zu können. Fehlende Sprachkenntnisse führten schon vor Jahrtausenden beim Turmbau zu Babel zu Problemen und würden auch heute wieder zu Problemen führen. Deshalb ist es unwahrscheinlich wichtig, Wert darauf zu legen, dass Flüchtlinge und Asylbewerber bei uns versuchen, die deutsche Sprache zu lernen. Wir müssen die Rahmenbedingungen für die Bildung und Betreuung gerade der jungen Flüchtlinge noch weiter verbessern. Wir brauchen ein flächendeckendes Angebot an Sprachkursen.

Natürlich haben wir bereits jetzt 40 Fälle, bei denen hervorragend gearbeitet wird. Da hat man schnell reagiert, da hat man etwas getan. 50 weitere einschlägige Angebote sollen geschaffen werden. Auch das klingt gut. Bei über 90 Landkreisen und kreisfreien Städten in Bayern deckt das gerade einmal die kreisfreien Städte und Landkreise ab, und das nicht einmal ganz; denn München wird mit einer Kraft in einer Schule, wo diese Einrichtung, wo dieser Dolmetscher ist und wo diese Sprachkurse angeboten

werden, nicht auskommen. Es gibt also selbst bei den Landkreisen noch weiße Flecken, wo bisher wenig getan wird. Deswegen haben wir ein finanzielles Notprogramm beantragt, speziell für die Kommunen und die Landkreise.

Meine Damen und Herren, ich erfahre es täglich, wenn man mit den Bürgern draußen spricht: Wir haben eine unwahrscheinlich große Hilfsbereitschaft in unserer Bevölkerung. Es gibt unwahrscheinlich viele Menschen, die fragen: Wo kann ich helfen, was kann ich tun? Aber es wird wohl keinem von uns einfallen, ihnen die Antwort zu geben "Geht nach München zum Ministerium!", sondern Sie werden alle sagen: Geh einmal zu deinem Bürgermeister, geh einmal zu deiner Kommune, und dort werden sie dir schon sagen, wo du anpacken und helfen kannst.

Meine Damen und Herren, und damit bin ich bei dem Punkt, auf den ich letztlich hinaus möchte: Unbürokratische Hilfe wird derzeit in sehr, sehr starkem Maß von den Kommunen gewährt, ohne dass dafür finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Hier muss man stärker ansetzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich sind über den Finanzausgleich Beträge enthalten, aber das ist zu wenig.

Alle meine Vorrednerinnen haben es angesprochen: In einer Großstadt kann ich natürlich sehr schnell und effektiv helfen. Das Problem habe ich aber im ländlichen Raum, wo ich keine Klasse einrichten kann. Dort habe ich die Probleme, dass ich diejenigen, die bereit sind, die Sprache zu lernen, 20 km oder 30 km und oft noch weitaus länger transportieren muss, und dass ihnen keiner sagt, wie es funktioniert.

Im Detail: Ich habe vor 14 Tagen mit einem Bürger gesprochen, der mir gesagt hat, er habe einen Asylbewerber - es war konkret ein Flüchtling - zweimal zum Arzt in die Kreisstadt gefahren, und er habe sich jetzt erkundigt, ob er dafür Geld erhalten könne. Dafür gebe es nichts. In diesem Fall habe er sich vom Roten Kreuz befördern lassen, und da fielen dann Hunderte von Euro an.

Ich vermisse, dass wir etwas für diese Initiative der Menschen tun können, die helfen möchten, und ich möchte, dass wir diesen ehrenamtlichen Bereich in irgendeiner Form noch stärker ausstatten. Das kann nicht zentral von München aus erfolgen. Dazu muss man den Kommunen Geld geben, und das ist, glaube ich, kein großes Problem.

Unwahrscheinlich stark finde ich zum Beispiel die Initiative des Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes, der sich jetzt spontan bereit erklärt hat, die ehemaligen Lehrkräfte anzusprechen, ob sie solche Sprachkurse erteilen würden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber auch hier taucht im Detail dann wieder das Problem auf: Wer koordiniert das? Wer sagt ihnen, wo diese Menschen sind? Hier sind die Kommunen wieder gefordert. Die Kommunen werden auch Räumlichkeiten zur Verfügung stellen müssen und auch können. Meine Damen und Herren, das sollte in finanzieller Form honoriert werden.

Die 500 Euro, die es jetzt gibt, sind einfach zu wenig, weil sie nur dort gewährt werden, wo diese Hilfe tatsächlich geleistet werden kann. Im ländlichen Bereich ist es bei dem derzeitigen System aber nicht möglich, diese Hilfe überall dort zu gewährleisten, wo wir Flüchtlinge untergebracht haben. Wenn wir immer möchten, dass sie gerecht in Bayern verteilt werden, möglichst auf alle Kommunen, dann sind das eben unsere Probleme, die wir haben und die man natürlich unbürokratisch lösen kann. – Aber man sollte bitte dann den Kommunen etwas Geld dafür geben. Unser primäres Anliegen ist die Bildung; denn Sprache ist unwahrscheinlich wichtig.

Wir werden dem Antrag der GRÜNEN selbstverständlich zustimmen. Er ist eigentlich von allen drei Anträgen am deutlichsten formuliert.

Ich bitte, bei unserem Antrag in der dritten Zeile von unten wie folgt zu formulieren: "Dazu ist unverzüglich ein finanzielles Notprogramm des Freistaates Bayern auf den Weg zu bringen …," – Nicht, dass jemand auf die Idee kommt, die Kommunen sollten dieses Programm auf den Weg bringen.

Bei der SPD fehlt mir das eigentlich auch. Natürlich, Sie haben es in Ihren Ausführungen gesagt: Es ist ein Programm des Freistaates Bayern, der etwas tun sollte, aber das steht nicht so klar im Antrag. Hier könnte man auch auf die Idee kommen, der Freistaat Bayern würde das Programm machen und die Kommunen müssten es zahlen. Vielleicht sollte man das noch klarstellen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Auf diese Idee kommt doch niemand!)

– Okay, auf diese Idee kommt niemand - von uns zumindest niemand -, aber man weiß ja nicht, wo man Begehrlichkeiten weckt.

Wenn alle drei Parteien der Opposition relativ gleichlautende Anträge bringen und sie wirklich Probleme in der Fläche draußen ansprechen, die wir lösen könnten, wenn wir ein wenig tun, dann glaube ich, können wir in diesem Haus dem auch alle zustimmen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Für die CSU-Fraktion hat sich der Herr Kollege Professor Waschler gemeldet. Bitte sehr.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mit Blick auf die Opposition vorausschicken, dass uns alle hier in diesem Hohen Haus die Auffassung eint: Der Bildungsbereich und besonders der Spracherwerb sind der Kernpunkt, dem wir uns besonders widmen müssen, wenn es um die Zukunft all derer geht, die sich als schul- bzw. berufsschulpflichtige Flüchtlinge, Asylbewerber oder Geduldete bei uns befinden. Insofern stimmt die Richtung bei dem Antrag der SPD und bei den nachgezogenen Anträgen grundsätzlich.

Jetzt kommt natürlich - in gewisser Weise muss das natürlich kommen - ein Aber, weil zum Beispiel im SPD-Antrag auch Punkte enthalten sind, bei denen man sagen muss, dass sie mehr oder weniger überzogen sind. Natürlich wäre es zum Beispiel wünschenswert und im Detail bestimmt auch nicht unrichtig, wenn alle Pädagogen in Bildungseinrichtungen dort eine trauma-therapeutische Ausbildung erhalten würden. Das

ist jetzt charakteristisch: Wir können vieles nicht augenblicklich realisieren, weil zum jetzigen Zeitpunkt nicht alles für alle umsetzbar ist.

Deswegen sage ich an dieser Stelle, dass wir zwar in der Richtung übereinstimmen, es aber auch angemessen gewesen wäre, wenn die Vorrednerinnen und die Vorredner auch gesagt hätten, dass die Staatsregierung schon sehr, sehr Gutes auf den Weg gebracht hat.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Weikert (SPD))

Mit Blick auf die beiden nachgezogenen Anträge habe ich mir die Zahlen zu den Mitteln, die eingestellt sind, kommen lassen. Allein beim Sozialministerium sind für diesen Personenkreis, um den es geht, jährlich 460 Millionen Euro, im Doppelhaushalt also 920 Millionen Euro, eingestellt. Im Bereich des Kultusministeriums sind es für das Jahr 2015 40 Millionen und für das Jahr 2016 45 Millionen Euro. Dabei geht es um Dinge wie das Personal, Gastschulanträge und all das, von dem man sagt, dass es für die beschulten Flüchtlinge in punkto Versorgung notwendig ist.

Mit Blick auf den Bereich des Sozialministeriums ist das eine Verdoppelung der Ansätze seit dem Jahr 2013.

Um in der Kürze der Zeit zu zeigen, wie sich der Bogen hier spannt, und weil wir natürlich Zustimmung auch von der Opposition dazu erwarten, dass das der richtige Weg ist, möchte ich aus Zeitgründen nur einige Punkte erwähnen:

Erstens. Im frühkindlichen Alter besteht für Kinder von Asylbewerbern, die einer Gemeinschaftsunterkunft zugewiesen wurden, schon heute am Ort des gewöhnlichen Aufenthalts ein Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindestageseinrichtung oder Tagespflege ab dem vollendeten ersten Lebensjahr oder auf einen Kindergartenplatz ab dem vollendeten dritten Lebensjahr.

Zweitens. Bei den Kindern im Vorschulalter erinnere ich an die Vorkurse zur Sprachförderung, also an 240 Stunden Sprachförderung durch Erzieher und Lehrkräfte für Kinder mit Migrationshintergrund.

Drittens. Das Thema Übergangsklassen wurde angesprochen. Hier muss man sehen, wovon wir sprechen: Im Schuljahr 2014/15 – und ich habe die aktuellen Zahlen vom Stichtag 3. November – wurden 338 Übergangsklassen an Grund- und Mittelschulen eingerichtet, und das für rund 5.400 junge Flüchtlinge, Asylbewerber und Migranten. Zum Vergleich: Im Schuljahr 2013/14 waren es 235 Übergangsklassen. Es handelt sich damit um eine Steigerung von rund 40 %.

Viertens. Bei der Sprachförderung im Detail an Grund- und Mittelschulen haben wir Deutsch-Förderkurse ergänzend zum regulären Deutschunterricht im Umfang von bis zu fünf Wochenstunden und dazu die Fortbildung für die entsprechenden Lehrer. Es gibt eine Höchstgrenze von 12 Schülern pro Gruppe.

Fünftens. Ich weiß, auch die Opposition hält etwas auf die berufliche Bildung. Auch hier sind wir gemeinsam auf dem richtigen Weg. Wenn ich den Berufsschulbereich betrachte, finde ich das Sprachlehrprogramm Berufssprache Deutsch und zu den weiterführenden Schulen verschiedene Angebote mit der Sprachbegleitung Deutsch.

Sechstens. Wenn ich von Berufsschulen spreche, ist die duale Bildung im Blick. Wir finden an 180 Standorten in Bayern rund 3.000 berufsschulpflichtige Flüchtlinge und Asylbewerber an Berufsschulen in einem zweijährigen, bundesweit beachteten Programm, in dem qualifizierte Deutschkenntnisse unter dem Stichwort Sprachlehrprogramm "Berufssprache Deutsch" erworben werden können.Zum Siebenten und Letzten: Das alles wird von einem breiten Fortbildungsangebot für alle Lehrerinnen und Lehrer, unter anderem auf der Ebene der Regierungen, unter anderem in Dillingen, beim Pädagogischen Institut München, beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, und mit all den Arbeitshilfen, die wir vom ISB haben, abgerundet.

Mit Blick zu Frau Kollegin Wild sage ich noch: Ich habe große Sympathie für alle Punkte, die den Bereich DaZ – Deutsch als Zweitsprache – betreffen. Wenn wir aber DaZ sagen, müssen wir auch DaF – Deutsch als Fremdsprache – in den Blick nehmen und die Vernetzung von beiden. Von unserer Fraktion wird in diesen Tagen sehr aktiv an einem Programm mitgearbeitet, mit dem wir all das unterstützen, was in diese Richtung laufen wird. Dazu werden wir irgendwann klare und deutliche Resultate sehen können.

Insofern kann ich sagen: Bei den Finanzen ist ein Weg bereitet. Wir werden das Thema Asyl weiter beobachten. Im Fall der Fälle muss nachgesteuert werden; das muss ich in aller Deutlichkeit sagen. Wir müssen jetzt den Weg aber weitergehen; denn keiner weiß, in welcher Form und Größenordnung sich diese Entwicklung fortsetzen wird.

Als Fazit kann ich sagen: Uns alle, die wir hier im Hohen Haus sitzen, verbindet die grundsätzliche Zielrichtung. Zu den Anträgen müssen wir sagen, dass die Dinge, die wünschenswert sind, nicht unbedingt sofort umsetzbar sind. An manchen Stellen fehlen uns einfach die Lehrer, insbesondere bei der beruflichen Bildung.

Ich behaupte nicht nur, sondern das kann ich auch belegen, dass wir den Blick in andere Länder nicht zu scheuen brauchen. Die Richtung der Anträge stimmt zwar, aber aus den genannten Gründen müssen wir sie ablehnen. Gemeinsam werden wir für dieses Land, für den Freistaat Bayern, mit der Regierungsfraktion sicherlich einen klaren und guten Weg vorzeichnen und gehen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Einen kleinen Moment, Herr Professor Dr. Waschler. Vielen Dank für den Redebeitrag. – Wir haben eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Kollege, Sie haben jetzt sehr schön vorgetragen, was das Bildungsministerium zusammengetragen hat. Mich interessiert aber konkret: Wird es dazu kommen, dass man zusätzliche Übergangsklassen bedarfsgerecht an den Schulen bilden kann, und, wenn ja, mit welchem Personal? Können Sie sich beispielsweise vorstellen, dass man zum Halbjahr zusätzliche Pädagogen einstellt? Oder muss das weiterhin alles die Krankheitsreserve machen? – Wir haben die Situation, dass viele Schülerinnen und Schüler während des Jahres kommen, nicht nur Flüchtlinge, auch EU-Ausländer. Es wäre wichtig, ihnen einen guten Start zu ermöglichen und während des Jahres bedarfsgerecht nachzusteuern, anstatt bloß auf den Stichtag abzuheben. – Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage: Die Pädagogen in den Übergangsklassen brauchen eine gewisse zusätzliche personelle Unterstützung, also beispielsweise vier Stunden in der Woche eine zweite Lehrkraft. Ist das vorstellbar?

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Frau Kollegin, ich bedanke mich zum Ersten ganz herzlich für das Lob. Zum Zweiten eine kleine Korrektur: Ich habe zu beiden Haushalten berichtet, also Kultusministerium bzw. Bildungsministerium und natürlich Sozialministerium. Das ist ein großes Ganzes, das wir betrachten müssen. Bei all den Punkten, die Sie erwähnt haben, gilt das Gleiche wie bei den Finanzen: Wir müssen die aktuelle Situation intensiv beobachten; wo notwendig, werden wir prüfen, ob eine Nachsteuerung personell und sächlich realisierbar und sinnvoll ist. Das ist eine Daueraufgabe.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Professor Dr. Waschler. – Bevor ich Herrn Staatssekretär Eisenreich das Wort erteile, darf ich auf der Tribüne Herrn Präsidenten des Oberlandesgerichtes a. D. Werndl und Herrn Vizepräsidenten a. D. Adler begrüßen. Seien Sie uns herzlich willkommen hier im Hohen Haus!

(Allgemeiner Beifall)

– Herr Staatssekretär, bitte schön.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Dringlichkeitsanträge greifen ein sehr, sehr wichtiges Thema auf, das uns einerseits vor große Herausforderungen stellt, das auf der anderen Seite aber auch große Chancen bietet. Zur Asyl- und Flüchtlingspolitik könnte man vieles sagen; ich möchte mich jetzt auf die im Antrag aufgegriffenen Aspekte beschränken, also auf die Bildung.

Staatsministerin Emilia Müller hat mir gerade gesagt, dass aktuell rund 50.000 Asylbewerber und Flüchtlinge in festen Unterkünften in Bayern untergebracht sind, darunter viele Familien und Kinder. Das Kultusministerium kümmert sich sehr um die Bildung dieser Kinder und nimmt diese Aufgabe sehr ernst. Wir packen hier wirklich kräftig an. Kollege Professor Dr. Waschler hat schon eine ganze Reihe von Maßnahmen dargestellt, sodass ich auf diese Punkte nur noch kurz eingehen werde.

Wir haben im Ministerium eine Stabsstelle für Asyl und Flüchtlinge eingerichtet – der Leiter der Stabsstelle, Herr Dr. Geiger, ist heute da –, damit wir das Thema im Ministerium auch organisatorisch noch besser begleiten können.

Daneben haben wir ein Gesamtkonzept zur Beschulung schulpflichtiger Asylbewerberkinder und Flüchtlingskinder. Schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen in München und Zirndorf bieten wir Deutschkurse an. Für Kinder im Kindergarten besteht die Möglichkeit, Vorkurse zu besuchen. An den Grund- und Mittelschulen bilden wir Übergangsklassen. Ich möchte hier besonders erwähnen, dass es bislang gelungen ist, alle vollzeitschulpflichtigen Kinder und Jugendlichen aufzunehmen. Wir haben in den letzten Jahren die Übergangsklassen ganz massiv ausgeweitet; aktuell sind es 338. – Frau Kollegin Kamm, wir schaffen die Übergangsklassen nicht vorsorglich, sondern bedarfsgerecht. Deswegen sind diese Zahlen immer im Fluss. Wir haben in den letzten Jahren und Monaten immer wieder Übergangsklassen eingerichtet. Die meisten Übergangsklassen starten zu Beginn des Schuljahres mit einer verringerten Zahl an

Schülerinnen und Schülern, sodass im Laufe des Schuljahres – Sie haben völlig recht, die kommen nicht zu einem bestimmten Stichtag – weiter aufgenommen werden kann. Wenn die Kapazitäten nicht ausreichen, werden zusätzliche Übergangsklassen gebildet. Das ist zumindest bislang immer gelungen. Im Anschluss an die Übergangsklassen findet die Integration in den Regelklassen der Schulen mit weiteren Sprachförderangeboten statt.

Für die berufsschulpflichtigen Kinder haben wir ein bundesweit beachtetes zweijähriges Modell. Im ersten Jahr erfolgt, soweit notwendig, die Alphabetisierung bzw. der Spracherwerb, im zweiten Jahr geht es um die Berufsvorbereitung. Das Modell ist in Nürnberg und in München an einer privaten Einrichtung, der SchlaU-Schule, erarbeitet worden. Auf den Erfahrungen der beiden Standorte haben wir aufgesetzt, haben daraus ein Konzept entwickelt, für das wir bundesweit gelobt werden. Wir haben dieses Modell in den letzten Jahren ganz massiv ausgeweitet; ich habe mir zwei Zahlen mitgenommen: 2010/11 hatten wir sechs Klassen,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

2014/15, Stand Oktober, haben wir 188 Klassen mit über 3.000 Schülerinnen und Schülern. Wir bemühen uns auch in dem Bereich, die Klassen weiter auszubauen.

Vorhin wurde in der Diskussion ein wichtiges Thema angesprochen: die Ausbildung und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer. Wir haben in der Ausbildung die Themen DaZ/DaF – Deutsch als Zweitsprache/Deutsch als Fremdsprache –, vor allem das Thema DaZ ist hier wichtig. Aber auch für die, die schon im Schuldienst sind, haben wir ein vielfältiges Angebot, zum Beispiel zur Sensibilisierung und zum Umgang mit Flüchtlingen, zur Unterstützung beim Spracherwerb und zu interkulturellen Kompetenzen. Wir kooperieren da mit der Hochschule. Auch der Bund hat bundesweit ein entsprechendes Programm aufgelegt. Hier passiert also viel, weil wir in bestimmten Bereichen – man muss es sagen – schon langsam einen Mangel an entsprechend qualifizierten Lehrkräften bekommen, momentan besonders an den Berufsschulen.

Das Thema Finanzen wird uns noch länger beschäftigen. Die Staatsregierung unternimmt erhebliche Anstrengungen, den Großteil davon natürlich im Sozialministerium, um diesen wichtigen Bereich zu finanzieren: 900 Millionen sind bisher geplant. Das wird nicht reichen. Wir werden zusätzliche Mittel in dreistelliger Millionenhöhe brauchen.Wir sind da gerade in den Verhandlungen. Aber wir brauchen dabei auch den Bund. Es handelt sich um Aufgaben, die allmählich eine Unterstützung durch den Bund benötigen. Deswegen hat der Ministerpräsident dieses Thema an die Bundesregierung adressiert. Die entsprechenden Verhandlungen sind im Gange.

Abschließend bedanke ich mich bei den Lehrerinnen und Lehrern und den Betreuerinnen und Betreuern, bei allen, die sich ehrenamtlich engagieren, und zwar in den Bereichen der Verbände, der Kirchen und der Hilfsorganisationen, für den wirklich großartigen Einsatz und die große Hilfsbereitschaft.

Was wir neben dem Bereich der Finanzen noch machen müssen, ist die Vernetzung der unterschiedlichen Beteiligten, die auf diesem Gebiet arbeiten, mit der Asylsozialarbeit sowie mit den Koordinierungsstellen. Zu nennen sind auch die Landratsämter und die staatlichen Einrichtungen. An deren Vernetzung arbeiten wir noch.

Wir haben uns darauf einzustellen, dass wir an dem Thema noch lange arbeiten müssen. Es bedarf noch großer Kraftanstrengungen. Aber es ist eine große Aufgabe und eine große Herausforderung und für unser Land eine große Chance.

Deswegen noch einmal herzlichen Dank an alle, die mithelfen, diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe im Sinne der Kinder und Schüler zu bewältigen!

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/4174 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Enthaltungen? – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/4187 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER Drucksache 17/4188 mit der Ergänzung nach den Worten "finanzielles Notprogramm" durch die Worte "des Freistaats Bayern" seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen zurück zu Nummer 1 der eingereichten Dringlichkeitsanträge. Da haben wir namentliche Abstimmungen. Auch hier werden beide Anträge wieder getrennt.

Ich beginne mit dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/4173 betreffend "Bildungshoheit der Länder verteidigen – keine bundesrechtlichen Vorgaben für die Kinderbetreuung". Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Es stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 18.34 bis 18.39 Uhr)

Ich schließe die namentliche Abstimmung.Wir kommen zur zweiten namentlichen Abstimmung. Es geht um den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/4186 betreffend "Chancengleichheit für die Kleinsten – Konstruktive Beteili-

gung Bayerns an der Diskussion über bundesweite Minimalstandards in Kinderbildung und -betreuung". Ich eröffne die Abstimmung.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 18.40 bis 18.43 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, beide Ergebnisse außerhalb des Saales zu ermitteln. Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen.